

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Brandes, Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/6534 –

**Kabotage modernisieren – Einheimische Transportunternehmen vor  
unerlaubtem Preisdumping schützen**

### A. Problem

Die Fraktion der AfD hat einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, faire Wettbewerbsbedingungen im Güterverkehr durch effektive Kontrolle bei den Arbeits- und Sozialvorschriften und Sicherheitsauflagen aller Verkehrsträger zu schaffen.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/6534 abzulehnen.

Berlin, den 24. Mai 2023

**Der Verkehrsausschuss**

**Udo Schiefner**

Vorsitzender und Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Udo Schiefner

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/6534** in seiner 100. Sitzung am 27. April 2023 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen aus, dass faire Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen der Güterverkehrsbranche ein Vorgehen gegen Preisdumping im Frachtmarkt erforderten. Bestehende Regelungen zum Marktzugang im grenzüberschreitenden Güterverkehr und im Binnenverkehr müssten daher stärker überwacht und bei Verstößen härter sanktioniert werden.

Nach dem Willen der Antragsteller solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung daher auffordern, sich sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene für eine Verschärfung der Vorschriften zur Verhinderung von Briefkastenfirmen und Sozialdumping sowie eine rasche verbindliche Etablierung des intelligenten Fahrtenschreibers einzusetzen. Des Weiteren sollte die Kontrolldichte im Bereich der illegalen Kabotage und der Einhaltung der Sozialvorschriften erhöht und dazu das BALM mit zusätzlichen Stellen im Straßenkontrolldienst ausgestattet werden. Ferner solle die Bundesregierung prüfen, welche Rechtsvorschriften erforderlich seien, um Unternehmen, die gegen bestehende Regularien verstießen, dauerhaft von der Kabotage auszuschließen. Bei Verstößen von Unternehmen und Fahrern solle eine einheitliche Bußgeldhöhe, unabhängig vom Standort des Unternehmens, umgesetzt werden, die Bußgeldrabatte für ausländische Lkw-Fahrer ausschließe. Schließlich solle die Bundesregierung prüfen, welche Änderungen im Bundesfernstraßenmautgesetz erforderlich würden, damit die Lkw-Mautdaten zur Verfolgung von Verstößen bei Kabotagefahrten genutzt werden könnten.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6534 in seiner 58. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6534 in seiner 46. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6534 in seiner 48. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6534 in seiner 45. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass der Antrag der Fraktion der AfD einige Aspekte aufgreife, die man bereits 2017 mit der Fraktion der CDU/CSU bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag beschlossen habe. Vieles sei bereits in der 19. Legislaturperiode umgesetzt worden, so zum Beispiel die Nutzung von Daten der Lkw-Maut. Die Verhinderung von Briefkastenfirmen sei ein wichtiger Aspekt im Mobilitätspaket, ebenso wie der digitale Fahrtenschreiber, der zeitnah eingeführt werde. Auch die Frage der Höhe von Bußgeldern

sei bereits in der 19. Legislaturperiode diskutiert und festgelegt worden. Bußgelder orientierten sich danach an den Lebenshaltungskosten. Natürlich könne man grundsätzlich über die Bußgeldhöhen diskutieren, aber nicht unter dem Label eines „Osteuroparabattes“.

Die **Fraktion der CDU/CSU** berichtete von eigenen Erfahrungen, die man bei der Begleitung des BALM bei Kontrollfahrten gemacht habe. Technologisch habe es im Bereich der Kontrollen, bei denen es nicht nur um die ordnungsgemäße Entrichtung der Maut, sondern auch um technische Fragen bei der Ladungssicherung, Einhaltung der Sozialvorschriften sowie Lenk- und Ruhezeiten gehe, großen Fortschritt gegeben. Das zentrale Thema, das im Antrag der Fraktion der AfD nicht angesprochen werde, sei die Frage, ob ein ausländisches Unternehmen, das alle Sozialvorschriften eingehalten habe, den Fahrerinnen und Fahrern auch den geltenden Lohn zahle. Das könne man von Deutschland aus nur schlecht kontrollieren und rechtssicher nachprüfen. Hier gebe es sicherlich noch Verbesserungsbedarf. Schließlich gehe es bei den Kontrollen darum, „schwarze Schafe“ auszusortieren, die es sowohl bei ausländischen als auch bei deutschen Fuhrunternehmen gebe, womit das Argument des Schutzes einheimischer Unternehmen nicht aufrecht zu erhalten sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, dass man unbedingten Handlungsbedarf in der Straßenlogistik sehe, weil es hier nicht fair und gerecht zugehe. Es werde an vielen Stellen zu sehr getrickst, um bestehende Regeln zu umgehen. Die Kontrollen hätten sich möglicherweise verbessert, reichten aber nicht aus. Die bestehenden Bußgeldhöhen führten ebenfalls nicht in ausreichender Weise dazu, sich an die Regeln zu halten. Man wolle die deutsche Transport- und Logistikbranche dabei unterstützen, mit faireren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen mehr Fahrpersonal zu gewinnen. Die Koalitionsfraktionen aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bereiteten derzeit einen entsprechenden Antrag vor, der die Einhaltung von Regeln durch bessere Überwachung und Durchsetzung verbessern und damit letztlich faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen zum Inhalt haben werde.

Die **Fraktion der FDP** merkte an, dass einige Punkte aus dem Antrag der Fraktion der AfD Gegenstand aktuellen Regierungshandelns und in Teilen bereits erledigt seien. Es sei richtig, für mehr Wettbewerb zu sorgen und technisch verbesserte Kontrollen durchzuführen, um Marktbedingungen zu verbessern und fairen Wettbewerb sicherzustellen. Richtig sei auch, die heimischen Transport- und Logistikunternehmen gleichen Marktbedingungen auszusetzen und dafür zu sorgen, dass diese auch durchgesetzt würden. Auch sollten bestehende Regelungen nicht gelockert werden. Eine Komplettüberwachung sei allerdings unverhältnismäßig. Am Ende seien auch die Länder gefordert, die Kontrolldichte zu erhöhen und die Voraussetzungen dafür zu verbessern.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, dass sie mit Ihrem Antrag dafür sorgen wolle u. a. die Kontrolldichte im Güterverkehr zu erhöhen und die Höhe der Bußgelder an das europäische Niveau anzupassen. Dazu müssten die zuständigen Kontrollbehörden weiter aufgewertet werden. Ferner halte sie eine gewisse Form von Protektionismus für deutsche Unternehmen für richtig, zumal sich die deutsche Wirtschaft in einem Abschwung befinde. Die Nutzung der Lkw-Mautdaten zu Kontrollzwecken halte sie solange für erforderlich, bis der digitale Tachograf flächendeckend eingeführt sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass es auch viele ausländische Speditionsunternehmen gebe, an denen deutsche Firmen Eigentümer oder Miteigentümer seien. Aus dem Autokennzeichen auf ein ausländisches Fuhrunternehmen zu schließen, greife aus ihrer Sicht zu kurz. Deswegen halte man an der Auffassung fest, dass auch verstärkte Kontrollen allgemein und gegen jeden durchzuführen seien und nicht an der Herkunft des Fahrzeuges ausgerichtet werden sollten.

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/6534 abzulehnen.

Berlin, den 24. Mai 2023

**Udo Schiefner**  
Berichterstatter